

Chaotisch, aber mit Substanz

VALENTIN KRESSLER

Annemarie von Bidder? Als die heute 65-jährige EVP-Politikerin vor einem Jahr zur neuen Präsidentin des Basler Grossen Rats gewählt wurde, war sie ausserhalb des Politbetriebs kaum bekannt. Anders als ihr Nachfolger Markus Lehmann, seit einem Jahrzehnt CVP-Präsident und ehemaliger Handball-Nationalspieler, und anders auch als der neue Statthalter Daniel Goepfert, ein früherer SP-Präsident und Beinahe-Nationalrat, sorgte sie vor ihrer Wahl nie für Schlagzeilen. Das änderte sich aber rasch. Gleich zu Beginn ihres Präsidentschaftsjahres gewann von Bidder markant an Profil, indem sie eine Grundsatzdebatte lancierte und zu mehr Respekt in der Basler Politik aufrief. Dabei scheute sie sich auch nicht, den die Grenzen des politischen Anstands auslotenden SVP-Chef Sebastian Frehner öffentlich zu massregeln. Dass sie sich damit insbesondere in den Reihen der SVP keine Freunde machte, versteht sich von selbst.

KOLLEGENSCHELTE. Damit nicht genug. Im November sorgte von Bidder gleich noch einmal für Schlagzeilen. In einem Interview mit der BaZ zeigte sie, dass sie politisch etwas zu sagen hat, und legte die Finger auf verschiedene wunde Punkte im Politbetrieb. So kritisierte sie insbesondere die tatsächlich oft mangelhafte Präsenz der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, aber auch der Regierungsmitglieder bei den Debatten im Grossen Rat. Zudem machte sie die Flut an Volksinitiativen zum Thema und stellte den Nutzen der kürzeren Behandlungsfristen für Initiativen infrage, die seit der Annahme der von Gewerbedirektor Peter Malama (FDP) initiierten Beschleunigungsinitiative gelten.

Das hatte nicht nur Substanz, sondern war auch mutig. Denn es war absehbar, dass sie es sich mit ihrer Kollegenschelte mit weiteren Politikern verschmerzen würde. Insbesondere die aufmümpfige SP-Fraktionschefin Tanja Soland, die sich persönlich angegriffen fühlte, kritisierte in einer sehr harten Replik öffentlich ihre Ratsführung, was von Bidder, die über keine dicke Haut verfügt, mehrere schlaflose Nächte eingebracht haben dürfte.

MITSCHULDIG. Auch wenn Soland weit ging, inhaltlich falsch war ihre Reaktion gewiss nicht. Das zu Ende gehende Amtsjahr wird als eines der chaotischsten in die Geschichte des



Nicht immer sattelfest. Die Grossratssitzungen unter der Leitung von Annemarie von Bidder (EVP) verliefen teilweise wenig geordnet. Foto: Mischa Christen

Grossen Rats eingehen. Und daran ist von Bidder mitschuldig. Sie ist es offensichtlich nicht gewohnt, Sitzungen zu leiten. Insbesondere bei komplizierten Abstimmungen war sie oft nicht auf der Höhe ihres Amtes und wirkte unsicher. Besonders deutlich zeigte sich dies bei der Behandlung von Initiativen, etwa der Tagesschulinitiative (Oktober) oder der Städteinitiative (Juni). Von Bidder fehlt zudem die

retorische Brillanz. In fast jeder Sitzung hatte sie gröbere Versprecher, was ihre Autorität nicht stärkte. Dass es während einer Parlamentsitzung gar nicht immer so einfach ist, den Überblick zu behalten, muss allerdings auch schon andere, erfahrenere Politiker zur Kenntnis nehmen. Bürgergemeinderatspräsidentin Christine Wirz etwa, ehemalige LDP-Präsidentin und National-

rätin, wollte kürzlich eine Sitzung des Bürgergemeinderats zur Verblüpfung aller Anwesenden beenden – obwohl die Traktandenliste noch lange nicht abgearbeitet war. Die nicht immer sattelfeste Ratsführung trübt von Bidders Präsidentschaft zweifellos. Trotzdem wird sie insgesamt nicht in schlechterer Erinnerung bleiben als viele ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger. Positiver jedenfalls als andere, in der Öffentlichkeit bekanntere Grossratspräsidenten, die zwar eloquent durch die Sitzungen führten – und dabei durchblicken liessen, sie gehörten eigentlich eher in die Regierung –, in ihrem Präsidentschaftsjahr inhaltlich aber nicht wirklich etwas zu sagen hatten. Im Gegensatz zu anderen, die sich wichtiger nahmen, als sie waren, missbrauchte von Bidder das Grossratspräsidium nicht zur Eigenprofilierung für höhere politische Aufgaben, sondern politisierte sehr sachbezogen. So hätte sie sicher nicht – wie ihr Nachfolger Lehmann – während ihres Präsidentschaftsjahres für den Nationalrat kandidiert.

HERZLICH. Von Bidders eingangs erwähnter Appell in Bezug auf die Initiativenflut dürfte nichts nützen. Mehrere neue solcher Begehren sind – die bevorstehenden nationalen Wahlen lassen grüssen – bereits in Vorbereitung. Ihr Aufruf in Bezug auf die Präsenz der Politiker hat dagegen schon gefruchtet. Der Grossratssaal, aber auch die Regierungsbank waren zuletzt deutlich besser besetzt als auch schon – und die Töne in den Debatten wurden gemässiger. Und von Bidder, das attestieren ihr selbst jene, die ihre Sitzungsführung kritisieren, hat die unzähligen Repräsentationsverpflichtungen mehr als nur mit Anstand wahrgenommen. Mit ihrer herzlichen, leutseligen und bodenständigen Art hat sie dem Kanton Basel-Stadt ein Jahr lang ein sympathisches Gesicht gegeben. Anders als bei ihrem Vorgänger, dem eher trockenem und teilweise wenig begeistert wirkenden Patrick Hafner (SVP), hat man ihr die Freude am Amt auch angemerkt. Etwas, das mindestens ebenso wichtig ist wie eine reibungslose Sitzungsführung im Parlament. Heute leitet von Bidder ihre letzte Grossratssitzung, Ende Monat wird sie dem Parlament den Rücken kehren. Annemarie von Bidder? Die Frage, wer das ist, stellt sich heute für viele wohl nicht mehr.

15 Jahre für Mord an der Geliebten

Strafgericht ahndet Messerattacke

JOCHEN SCHMID

Das Strafgericht Basel hat einen 37-jährigen Inder wegen Mordes zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt. Die Kammer hält den Mann für schuldig, in der Nacht auf den 24. Oktober 2009 seine langjährige Geliebte in Basel mit einem Küchenmesser erstochen zu haben.

Der mit einer Schweizerin verheiratete Inder, ein Sikh, hatte mit der heimlichen Geliebten im Streit gelegen (die BaZ berichtete). Diese Frau stammte auch aus Indien und lebte, getrennt von ihrem Ehemann und der Adoptivtochter, mit ihrem zehnjährigen Sohn in einer Basler Wohnung. Im Zuge der eskalierenden Auseinandersetzungen drohte sie ihrem Liebhaber mit der Beendigung der Beziehung und liess durchscheinen, dass ein anderer Mann im Spiel sei.

Der Angeklagte besorgte sich daraufhin in der Küche der Wohnung ein Messer, dessen Klinge eine Länge von 11,5 Zentimeter aufwies, und stach es der Frau mit aller Kraft in den Hals. Als das Opfer, das in seinem Schlafzimmer auf der Bettkante gesessen hatte, tödlich verletzt nach hinten sackte, versetzte der Mann ihm noch einmal einen tiefen Stich in die Lendengegend. Die Frau verblutete und wurde am nächsten Morgen vom Sohn entdeckt, der arglos im Kinderzimmer geschlafen hatte.

SKRUPELLOS. Für den Verteidiger des Mannes blieb bis zuletzt offen, ob der Angeklagte seine Geliebte wirklich töten oder nur verletzen wollte; für die Staatsanwaltschaft war es ein brutaler und skrupelloser Mord. Dem folgte nun auch das Gericht. Gerichtspräsident Lucius Hagemann meinte, der Mann habe den Verlust der Geliebten nicht akzeptieren wollen. Dieses niedere Motiv habe er höher gewichtet als das Leben der Frau. Er habe auch nicht im Affekt gehandelt und durch den zuvor genossenen Alkohol einen allenfalls leichten Verlust seiner Steuerungsfähigkeit erlitten. Dass die Tat mit klarem Vorsatz begangen wurde, daran hegte das Gericht keinen Zweifel und erklärte das Verschulden des Angeklagten für «ausserordentlich schwer».

Das Gericht sprach dem zehnjährigen Sohn, der durch das Geschehen für sein Leben gezeichnet sein dürfte, eine Genugtuung in Höhe von 50 000 Franken zu. Der Ehemann des Opfers und die Adoptivtochter sollen 30 000 respektive 20 000 Franken erhalten. Verurteilt wurde der Angeklagte überdies, weil er seine Schweizer Ehefrau im Jahre 2009 unter Alkoholeinfluss gewürgt hatte, sodass sie glaubte, «ihr letztes Stündlein habe geschlagen».

Auch dem Sohn der Geliebten spielte er zu ihren Lebzeiten übel mit: Er drohte dem Knaben mit dem Tode, falls er seinem Vater von der heimlichen Liebesbeziehung seiner Mutter berichte. Das verängstigte Kind bewahrte daraufhin Stillschweigen. Das Gericht sah darin eine Nötigung.

Energiesperre weiter zulässig

Mieterverband ist verärgert

EINWÄNDE. Der Mieterverband erklärte gestern die Gespräche mit den Industriellen Werken Basel (IWB) für gescheitert. Er sei «verärgert über die Uneinsichtigkeit der IWB», weil diese nicht auf Energiesperren bei Zahlungsrückständen verzichten. In einem Bundesgerichtsurteil vom Dezember 2010 war die Beschwerde eines Mieters teilweise gutgeheissen worden (die BaZ berichtete).

«Gemäss dem Bundesgerichtsurteil ist die Sperre des Allgemeinstroms weiter zulässig, und dies bleibt für uns eine Option», erklärt René Kindhauser, Kommunikationschef der IWB, auf Anfrage. Das Bundesgericht habe gerügt, dass die von der Sperre betroffenen Mieter sich nicht äussern konnten. Das sei inzwischen geändert worden, sagt Kindhauser. Bei begründeten Einwänden werde die Sperre aufgehoben. Allerdings habe es seit drei Jahren keinen Fall mehr gegeben, bei dem der Strom ausserhalb der Wohnungen, also etwa für Lift, Treppenhausbeleuchtung, Elektroboiler, abgestellt worden sei. Davon sind Mieter betroffen, obwohl der Eigentümer den Strom nicht bezahlt hat. Der Mieterverband fordert die Mieter auf, gegenüber den IWB wachsam zu bleiben, und prüft aufsichtsrechtliche Massnahmen. ur

Imprimerie bleibt im Exil

Im neuen Ackermannshof hat die Kulturwerkstätte keinen Platz

DAVID WEBER

Die Sanierung des Gebäudekomplexes in der St.-Johanns-Vorstadt 19 und 21 ist bald abgeschlossen. Sicher ist, dass die «Imprimerie Basel» nicht mehr Teil des Ensembles sein wird.

Zwischen 2005 bis 2009 füllte Martin Burr die alte Druckereihalle des Ackermannshofs mit kulturellen Projekten – unter dem Namen der von ihm gegründeten Werkstätte für Künste und Wissenschaften Imprimerie Basel, passend zum Ort in der alten Volksdruckerei. Mitte 2009 musste die Imprimerie Basel ins Exil. Denn die Ackermannshof AG – bestehend aus Privatpersonen und der Stiftung Edith Maryon – begann mit einer Sanierung des 700 Jahre alten Baudenkmals. Diese ist in Kürze abgeschlossen. Damit geht auch eine inhaltliche und strukturelle Neuorganisation einher.

NEUER STANDORT GESUCHT. Für die Imprimerie ist im neuen Konzept des Ackermannshofs kein Platz mehr. «Die Imprimerie Basel und die Ackermannshof AG gehen getrennte Wege», teilte «réalisateur» Martin Burr mit, der vor der Sanierung noch fest mit einer Rückkehr gerechnet hatte: «Wir vom Kulturbetrieb werden mit grösster Wahrscheinlichkeit ins Gebäude zurückkehren», sagte er vor der Sanierung der BaZ. Eine Hoffnung, die sich nun nicht erfüllt. «Natürlich finde ich es schade, dass wir uns nicht gefunden haben», sagt Burr auf Anfrage, «denn die ehema-

lige Druckereihalle im Ackermannshof war ein wunderschöner Ort.» Die Trennung mit der Ackermannshof AG erfolge aber «im Guten», betont der 37-Jährige.

Alicia Soiron, Co-Präsidentin des Verwaltungsrates der Ackermannshof AG, möchte derzeit nichts dazu sagen und verweist auf die Pressekonferenz zum Abschluss der Sanierung, die in den nächsten Monaten stattfinden soll. Aber auch sie betont: Sie seien mit der Imprimerie Basel in gutem Einvernehmen auseinandergegangen.

Burr sucht nun nach alternativen Standorten für die Imprimerie. Wo das sein wird, ist noch offen. Erfahrungen mit dem Zustand «ohne eigenes Haus» konnte er in den letzten anderthalb Exiljahren sammeln. In dieser Zeit nutzte die Imprimerie andere Räume, zum Beispiel die Schleiferei Basel an der Solothurnerstrasse 6, wo im Februar 2010 als Koproduktion mit der Tanz- und Theaterwerkstatt Ludwigsburg das Stück «Kalkül.Holderlin» gespielt wurde. Aber Burr betont: «Ideal wäre natürlich wieder ein fester Ort, wo der Werkstattgedanke der Imprimerie ausgelebt werden kann.» Wo auch immer die neue Heimat sein wird: Den Namen «Imprimerie Basel» nimmt Burr mit. «Wir wollten nicht, dass jemand unter dieser Marke etwas macht, das nicht dazu passt.»

> www.imprimerie-basel.ch
> www.ackermannshof.ch

LDP hat keine Freude an ausscherender CVP

Präsident nimmt Stellung zu Nationalratswahlen

DAVID WEBER

Parteichef Christoph Bürge meier warnt vor Rissen im bürgerlichen Lager.

Für die Liberal-Demokraten hat die Vorbereitung für die Nationalratswahlen im Herbst erst begonnen. Trotzdem sprach Präsident Christoph Bürge meier am Montagabend vor rund 40 Parteimitgliedern bereits von «politischen Stolpersteinen». Er kritisierte die CVP, die aus dem bürgerlichen Bündnis mit FDP, LDP und SVP ausschere und für die Nationalratswahlen mit den Grünliberalen und der EVP zusammenspannen möchte (BaZ vom Samstag). «Es wäre schade, wenn die gute Zusammenarbeit der Bürgerlichen in Wahl- und Sachgeschäften Risse bekäme», sagte Bürge meier, bevor sich die Parteibasis den Abstimmungsvorlagen vom 13. Februar widmete.

Mit 32 zu 5 Stimmen entschied sich die LDP gegen die nationale Waffenschutzinitiative. Auf einstimmige Ableh-

nung stiess die kantonale Tagesschulinitiative der SP. Ebenso deutlich fiel das Ja zur Volksinitiative für ein «griffiges Finanzreferendum» aus. Anders als die SVP empfiehlt die LDP aber auch ein Ja zum moderateren Gegenanschlag der Regierung. «Dieser ist besser als nichts», sagte Grossrat Conradin Cramer. Bei der Stichfrage favorisiert die LDP klar die Initiative.

OSTTANGENTE. Keine Unterstützung von der LDP gibt es für die Petition der IG Osttangente zuhanden von Bundesrätin Doris Leuthard, wie André Auderset erklärte. Zwar befürwortete der Vorstand die Forderungen nach einem unverzüglichen Lärmschutz entlang der Stadtautobahn und einer möglichst umfassenden Verlegung der Osttangente unter den Boden. Die Petition fordert aber auch einen Verzicht auf einen Ausbau. Diese Kapazitätserweiterung sei aber notwendig.